

*Herrn
Präsidenten des Bgld. Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 4. Juli 2018

Selbstständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Mercosur

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Mercosur

Mercosur - die Abkürzung von Mercado Común del Sur bzw. „Gemeinsamer Markt des Südens“ - hat als Bezeichnung für ein transatlantisches Handelsabkommen seinen Ursprung im Jahr 1991. Im Jahr 1995 resultierten die ersten Abkommen mit den vier in Mercosur zusammengefassten Ländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Venezuela ist seit 2012/2013 Mitglied des Mercosur, wurde aber Anfang Dezember 2016 wieder ausgeschlossen, weil das Land viele der Bündnisregelungen über Freihandel und Menschenrechte noch nicht angenommen hat. Seit 1999 laufen Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen, die 2004 eingestellt wurden. Streitpunkt waren einst, so wie heute, die Agrarprodukte.

Im Jahr 2010 wurden die Gespräche wieder aufgenommen und seit 2016 liegen überarbeitete Angebote über Mengen und Warenbereiche auf dem Tisch. Der sensible Agrarbereich, vor allem in Hinblick auf Rindfleisch, Geflügelfleisch, Ethanol und Zucker, erfordert intensiven Verhandlungsbedarf. Hauptproblem sind dabei die von Mercosur geforderten hohen Importquoten in den EU-Markt, die eine schrittweise Erhöhung im Zeitraum von 6 Jahren vorsehen und als Gegenleistung für eine Öffnung des südamerikanischen Marktes auch in anderen Bereichen gesehen werden können. Allein Brasilien ist der größte Fleischexporteur der Welt.

Bei Rindfleisch liegt laut Medienberichten derzeit das angebotene zollermäßigte und bereits aufgestockte Import-Kontingent bei 99.000 Tonnen. Hinzu kommen Mercosur-Exporte von Milchprodukten, wie Käse, Butter und Vollmilchpulver. Über 75 % der europäischen Rindfleisch-Importe stammen bereits aus Mercosur-Ländern. In puncto Rindfleisch wird die EU auch durch den Brexit vor neue Herausforderungen gestellt werden. Für das Burgenland ist es essenziell, dass die hohen Produktstandards der Österreichischen Landwirtschaft nicht durch die Mercosur-Importe unterwandert werden. Auch im Sinne der Konsumenten darf es keine Mängel bei Umweltstandards, bei der Hygiene oder beim Einsatz von in der EU nicht zugelassenen Tierarznei- und Pflanzenschutzmitteln, Tierschutz-Standards oder gar Hormonen geben.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge sicherstellen, dass die Republik Österreich den Abschluss des Freihandelsabkommens MERCOSUR keinesfalls weiter verfolgt.